



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

2011/0415(COD)

24.5.2012

*****I**

ENTWURF EINES BERICHTS

über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften und Verfahren für die Anwendung der Instrumente der Union im Bereich des auswärtigen Handelns (COM(2011)0842 – C7-0494/2011 – 2011/0415(COD))

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

Berichterstatter: Elmar Brok

Verfasser der Stellungnahme (*):
Thijs Berman, Entwicklungsausschuss

(*) Assoziierter Ausschuss – Artikel 50 der Geschäftsordnung

Erklärung der benutzten Zeichen

- * Verfahren der Konsultation
- *** Verfahren der Zustimmung
- ***I Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (erste Lesung)
- ***II Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (zweite Lesung)
- ***III Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (dritte Lesung)

(Die Angabe des Verfahrens beruht auf der im Rahmen des Entwurfs eines Rechtsakts vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Änderungsanträge zu einem Entwurf eines Gesetzgebungsakts

In den Änderungsanträgen des Parlaments werden die Änderungen am Entwurf eines Gesetzgebungsakts durch ***Fett- und Kursivdruck*** gekennzeichnet. Wenn Textteile *mager und kursiv* gesetzt werden, dient das als Hinweis an die zuständigen technischen Dienststellen, dass für diese Teile des Entwurfs eines Gesetzgebungsakts im Hinblick auf die Erstellung des endgültigen Textes eine Korrektur empfohlen wird (beispielsweise wenn Textteile in einer Sprachfassung offenkundig fehlerhaft sind oder ganz fehlen). Diese Korrektorempfehlungen bedürfen der Zustimmung der betreffenden technischen Dienststellen.

Der Kopftext zu dem gesamten Änderungsantrag zu einem bestehenden Rechtsakt, der durch den Entwurf eines Gesetzgebungsakts geändert werden soll, umfasst auch eine dritte und eine vierte Zeile, in der der bestehende Rechtsakt bzw. die von der Änderung betroffene Bestimmung des bestehenden Rechtsakts angegeben werden. Textteile, die aus einer Bestimmung eines bestehenden Rechtsakts übernommen sind, die das Parlament ändern will, obwohl sie im Entwurf eines Gesetzgebungsakts nicht geändert ist, werden durch **Fettdruck** gekennzeichnet. Streichungen in solchen Textteilen werden wie folgt gekennzeichnet: [...].

INHALT

	Seite
ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS	5
BEGRÜNDUNG	19

(*) Assoziierter Ausschuss – Artikel 50 der Geschäftsordnung

ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften und Verfahren für die Anwendung der Instrumente der Union im Bereich des auswärtigen Handelns (COM(2011)0842 – C7-0494/2011 – 2011/0415(COD))

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Vorschlags der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2011)0842),
 - gestützt auf Artikel 294 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf dessen Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C7-0494/2011),
 - gestützt auf Artikel 55 seiner Geschäftsordnung,
 - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten sowie der Stellungnahmen des Entwicklungsausschusses, des Ausschusses für internationalen Handel und des Haushaltsausschusses (A7-0000/2012),
1. legt den folgenden Standpunkt in erster Lesung fest;
 2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie beabsichtigt, ihren Vorschlag entscheidend zu ändern oder durch einen anderen Text zu ersetzen;
 3. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

Änderungsantrag 1

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Die Dokumente, mit denen die Ziele, die Prioritäten, die erwarteten Ergebnisse und die Mittelzuweisungen allgemein festgelegt werden, sind strategische Programmierungsdokumente. Zur Erzielung größerer Flexibilität und Effizienz sollte der Kommission die Befugnis übertragen werden, Rechtsakte gemäß Artikel 290 des Vertrags über die

Änderungsantrag 2

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 4

Vorschlag der Kommission

(4) Da diese **Durchführungsrechtsakte** der **politischen Programmierung oder** finanziellen Abwicklung dienen und insbesondere Auswirkungen auf den Haushalt haben, sollten sie im Allgemeinen nach dem Prüfverfahren angenommen werden, es sei denn, es handelt sich um Maßnahmen von geringem finanziellem Umfang. Die Kommission sollte jedoch sofort geltende Durchführungsrechtsakte erlassen, wenn dies in hinreichend begründeten Fällen, in denen eine rasche Reaktion der Union erforderlich ist, wegen äußerster Dringlichkeit geboten ist.

Geänderter Text

(4) Da diese **Jahres- oder Mehrjahresaktionsprogramme** der finanziellen Abwicklung dienen und insbesondere Auswirkungen auf den Haushalt haben, sollten sie im Allgemeinen nach dem Prüfverfahren angenommen werden, es sei denn, es handelt sich um Maßnahmen von geringem finanziellem Umfang. Die Kommission sollte jedoch sofort geltende Durchführungsrechtsakte erlassen, wenn dies in hinreichend begründeten Fällen, in denen eine rasche Reaktion der Union erforderlich ist, wegen äußerster Dringlichkeit geboten ist.

Änderungsantrag 3

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Das Beratungsverfahren sollte im Allgemeinen für den Erlass von Einzel-, Sonder- und Unterstützungsmaßnahmen Anwendung finden, es sei denn, es handelt sich um Maßnahmen von geringem finanziellem Umfang. Die Kommission sollte jedoch sofort geltende

Durchführungsrechtsakte erlassen, wenn dies in hinreichend begründeten Fällen, in denen eine rasche Reaktion der Union erforderlich ist, wegen äußerster Dringlichkeit geboten ist.

Or. en

Änderungsantrag 4

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 8

Vorschlag der Kommission

(8) Zwar wächst der Finanzierungsbedarf für die Außenhilfe der Union, doch sind die für diese Hilfe zur Verfügung stehenden Mittel angesichts der Wirtschafts- und Haushaltslage der Union begrenzt. Die Kommission muss sich daher bemühen, die verfügbaren Ressourcen insbesondere durch den Einsatz von Finanzierungsinstrumenten, die eine Hebelwirkung haben, so effizient wie möglich zu nutzen. Diese
Hebelwirkung verstärkt sich noch, wenn die von den Finanzinstrumenten investierten und erwirtschafteten Mittel verwendet und wiederverwendet werden dürfen.

Geänderter Text

(8) Um die Wirkung der in Rede stehenden Instrumente zu optimieren und zu gewährleisten, dass die verfügbaren Mittel so effizient wie möglich eingesetzt werden, sollten in dem Zweijahresbericht der Kommission unter anderem die Komplementarität und die Synergien aller Instrumente, die aus der einschlägigen Rubrik des Haushaltsplans finanziert werden, sowie ihre wechselseitige Verstärkung bewertet werden. Die Hebelwirkung, die dies zur Folge haben wird, verstärkt sich noch, wenn die von den Finanzinstrumenten investierten und erwirtschafteten Mittel verwendet und wiederverwendet werden dürfen.

Or. en

Änderungsantrag 5

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 8 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(8a) Die Union sollte sich bei ihrem Handeln auf internationaler Ebene von den Grundsätzen leiten lassen, die für

ihre eigene Entstehung, Entwicklung und Erweiterung maßgebend waren und denen sie auch weltweit zu stärkerer Geltung verhelfen will: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die universelle Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Achtung der Menschenwürde, der Grundsatz der Gleichheit und der Grundsatz der Solidarität sowie die Achtung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts. In diesem Zusammenhang sollten die im Rahmen dieser Instrumente ergriffenen Maßnahmen mit den vom Europäischen Parlament angenommenen Standpunkten im Einklang stehen.

Or. en

Änderungsantrag 6

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 8 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(8b) Das auswärtige Handeln der Union im Rahmen der Instrumente, für die diese Verordnung gilt, sollte eine Wirkung haben, die sich an konkreten Veränderungen in den Empfänger- und Partnerländern ablesen lässt. Diese Wirkung sollte überwacht und auf der Grundlage vorher festgelegter, klarer, transparenter und messbarer Indikatoren bewertet werden, die sich an den Besonderheiten jedes Instruments orientieren.

Or. en

Änderungsantrag 7

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 8 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(8c) Damit gewährleistet ist, dass die von der Union bereitgestellte Hilfe für die Bürgerinnen und Bürger der Empfängerländer und die der Union sichtbar ist, sollte gegebenenfalls eine wirksame und gezielte Informationskampagne mit geeigneten Mitteln durchgeführt werden, die den Besonderheiten jedes Instruments gebührend Rechnung trägt. Die Kommission sollte in diesem Zusammenhang in enger Zusammenarbeit mit den Empfängern geeignete Mindestanforderungen festlegen, und die Einhaltung dieser Anforderungen sollte überwacht werden.

Or. en

Änderungsantrag 8

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 8 d (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(8d) Bei der Vorbereitung, Durchführung, Überwachung und Bewertung des auswärtigen Handelns der Union sollte dem Standpunkt der einschlägigen nationalen, regionalen und lokalen Behörden, der Wirtschafts- und Sozialpartner und anderer nichtstaatlicher Akteure gebührend Rechnung getragen werden und diese sollten ermutigt werden, sich an diesem Prozess als Interessenträger aktiv zu beteiligen.

Or. en

Änderungsantrag 9

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 8 e (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(8e) Finanzielle Hilfe in Form von Budgethilfe sollte nur gewährt werden, wenn die Anforderungen an die Qualität der Verwaltung der öffentlichen Finanzen und an die parlamentarische Kontrolle durch Prüfkapazitäten erfüllt sind.

Or. en

Änderungsantrag 10

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Überschrift

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Annahme von Aktionsprogrammen,
Einzelmaßnahmen und Sondermaßnahmen

Annahme von ***strategischen Programmierungsdokumenten***,
Aktionsprogrammen, Einzelmaßnahmen
und Sondermaßnahmen

Or. en

Änderungsantrag 11

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz -1 (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(-1) Die Dokumente, mit denen die Ziele, die Prioritäten, die erwarteten Ergebnisse und die Mittelzuweisungen allgemein festgelegt werden, sind strategische Programmierungsdokumente.

Der Kommission wird die Befugnis übertragen, delegierte Rechtsakte zur Annahme und Änderung dieser Dokumente zu erlassen. Die besonderen Bedingungen für die Ausübung der Befugnisübertragung werden in den einzelnen Instrumenten festgelegt, für die diese Verordnung gemäß Artikel 1 gilt. In der Befugnisübertragung wird eine Klausel für das Dringlichkeitsverfahren vorgesehen, damit sichergestellt ist, dass die Union in Krisensituationen rasch reagieren kann.

Die Dauer der in den Instrumenten, für die diese Verordnung gilt, festgelegten Befugnisübertragung darf nicht über den in Artikel 16 genannten Zeitpunkt des Berichts hinausgehen.

Or. en

Änderungsantrag 12

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Kommission nimmt **Jahres- oder Mehrjahresaktionsprogramme** an, die sich, **soweit erforderlich**, auf die **im anwendbaren Instrument** genannten **Richtprogrammierungsdokumente** stützen.

Geänderter Text

(1) Die Kommission nimmt **Jahresaktionsprogramme** an, die sich auf die **in Artikel 2 Absatz -1** genannten **strategischen Programmierungsdokumente** stützen **und im Einklang mit ihnen stehen**.

Or. en

Änderungsantrag 13

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

In Ausnahmefällen, insbesondere wenn noch kein Aktionsprogramm angenommen wurde, kann die Kommission auf der Grundlage der **Richtprogrammierungsdokumente nach den für Aktionsprogramme geltenden Vorschriften und Verfahren** Einzelmaßnahmen beschließen.

In Ausnahmefällen, insbesondere wenn noch kein Aktionsprogramm angenommen wurde, kann die Kommission auf der Grundlage der **strategischen Programmierungsdokumente** Einzelmaßnahmen beschließen.

Or. en

Änderungsantrag 14

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Unterabsatz 3

Vorschlag der Kommission

Im Falle unvorhergesehener, hinreichend **begründeter Erfordernisse, Umstände oder Verpflichtungen** kann die Kommission Sondermaßnahmen beschließen, die in den **Richtprogrammierungsdokumenten** nicht vorgesehen sind. Sondermaßnahmen können auch genutzt werden, um den Übergang von **der Soforthilfe** zu langfristigen **Entwicklungsmaßnahmen, einschließlich** Maßnahmen **zur besseren Vorbereitung der Bevölkerung auf wiederkehrende Krisensituationen**, zu erleichtern.

Geänderter Text

Unter besonderen unvorhergesehenen, hinreichend **begründeten Umständen** kann die Kommission Sondermaßnahmen beschließen, die in den **strategischen Programmierungsdokumenten** nicht vorgesehen sind. Sondermaßnahmen können auch genutzt werden, um den Übergang von **Sofortmaßnahmen** zu langfristigen Maßnahmen zu erleichtern.

Or. en

Änderungsantrag 15

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 2 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

(2) Die in Absatz 1 genannten Aktionsprogramme **und**

Geänderter Text

(2) Die in Absatz 1 genannten Aktionsprogramme, bei denen die

Einzelmaßnahmen, bei denen die finanzielle Hilfe der Union mehr als 10 Mio. EUR beträgt, **und die Sondermaßnahmen, bei denen die finanzielle Hilfe der Union mehr als 30 Mio. EUR beträgt**, werden nach dem in Artikel 15 Absatz 3 genannten Prüfverfahren angenommen.

finanzielle Hilfe der Union mehr als 10 Mio. EUR beträgt, werden nach dem in Artikel 15 Absatz 3 genannten Prüfverfahren angenommen.

Or. en

Änderungsantrag 16

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 2 – Unterabsatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Die in Absatz 1 genannten Einzelmaßnahmen, bei denen die finanzielle Hilfe der Union mehr als 10 Mio. EUR beträgt, und die ebenfalls in Absatz 1 genannten Sondermaßnahmen, bei denen die finanzielle Hilfe der Union 30 Mio. EUR übersteigt, werden nach dem in Artikel 15 Absatz 2 genannten Beratungsverfahren angenommen.

Or. en

Änderungsantrag 17

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 4 – Absatz 1 – Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Die finanzielle Hilfe der Union kann im Einklang mit der Haushaltsordnung auch in Form von Beiträgen zu internationalen, regionalen oder nationalen Fonds, die zum Beispiel von der Europäischen Investitionsbank, internationalen Organisationen, Mitgliedstaaten oder

Die finanzielle Hilfe der Union kann im Einklang mit der Haushaltsordnung auch in Form von Beiträgen zu internationalen, regionalen oder nationalen Fonds, die zum Beispiel von der Europäischen Investitionsbank, internationalen Organisationen, Mitgliedstaaten oder

Partnerländern und -regionen zur Förderung gemeinsamer Finanzierungen verschiedener Geber eingerichtet wurden oder verwaltet werden, oder in Form von Beiträgen zu Fonds, die von einem oder mehreren Gebern für die gemeinsame Durchführung von Projekten eingerichtet wurden, gewährt werden.

Partnerländern und -regionen zur Förderung gemeinsamer Finanzierungen verschiedener Geber eingerichtet wurden oder verwaltet werden, oder in Form von Beiträgen zu Fonds, die von einem oder mehreren Gebern für die gemeinsame Durchführung von Projekten eingerichtet wurden, gewährt werden. ***Die Beteiligung von internationalen Finanzinstitutionen aus Drittstaaten an den Finanzierungsinstrumenten der Union wie etwa Kombinationsmechanismen ist davon abhängig, ob sie die Standards und die Politik der Union beachten, und davon, ob den Finanzinstitutionen der Union Zugang zu deren Eigenkapital gewährt wird.***

Or. en

Änderungsantrag 18

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 4 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Finanzielle Hilfe in Form von Budgethilfe nach Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe c und im Einklang mit Artikel XXX der Verordnung des Rates (EG) Nr. 1605/2002 vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften¹ ist abhängig von messbaren Zielen, klaren Zielvorgaben, Leistungskriterien und transparenten, zuverlässigen und effektiven Prüfstandards, damit die Wirksamkeit des Einsatzes dieser Art der Hilfe gewährleistet ist. Vor der Billigung von Finanzierungsbeschlüssen fordert die Kommission Garantien der Regierung des Partnerlandes dafür, dass sie für die parlamentarische Kontrolle auf nationaler Ebene und für

Prüfkapazitäten, einschließlich des Zugangs der Öffentlichkeit zu Informationen, gesorgt hat.

¹ ***ABl. L 248 vom 16.9.2002, S. 1.***

Or. en

Änderungsantrag 19

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 4 – Absatz 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1b) Voraussetzung für die Bereitstellung der finanziellen Hilfe der Union über alle in Absatz 1 festgelegten Finanzierungsformen ist, dass die Empfänger verbindliche Verpflichtungen eingehen, die Anforderungen zu erfüllen, durch die die Sichtbarkeit der Hilfe der Union sichergestellt wird. Die Kommission legt solche geeigneten Mindestanforderungen in enger Zusammenarbeit mit den Empfängern fest, und die Einhaltung dieser Anforderungen wird überwacht.

Or. en

Änderungsantrag 20

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Die Kommission überwacht und überprüft regelmäßig ihre Maßnahmen und evaluiert die Ergebnisse der Durchführung der Sektorpolitik und der entsprechenden Maßnahmen sowie die Wirksamkeit der

(1) Die Kommission überwacht und überprüft regelmäßig ihre Maßnahmen und evaluiert die Ergebnisse der Durchführung der Sektorpolitik und der entsprechenden Maßnahmen sowie die Wirksamkeit der

Programmierung gegebenenfalls mithilfe unabhängiger externer Evaluierungen, um festzustellen, ob die Ziele erreicht wurden, und um Empfehlungen zur Verbesserung künftiger Maßnahmen erarbeiten zu können.

Programmierung gegebenenfalls mithilfe unabhängiger externer Evaluierungen, um festzustellen, ob die Ziele erreicht wurden, und um Empfehlungen zur Verbesserung künftiger Maßnahmen erarbeiten zu können. ***Diese Evaluierungen werden auf der Grundlage vorher festgelegter, klarer, transparenter und messbarer Indikatoren bewertet und dem Europäischen Parlament und dem Rat übermittelt. Vorschläge des Europäischen Parlaments oder des Rates für unabhängige externe Evaluierungen werden gebührend berücksichtigt.***

Or. en

Änderungsantrag 21

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Der Zweijahresbericht enthält Informationen über die im Vorjahr finanzierten Maßnahmen, die Ergebnisse von Monitoring und Evaluierung, die Beteiligung der maßgeblichen Partner und die Ausführung der Mittelbindungen und Mittel für Zahlungen. ***Die Ergebnisse*** der finanziellen Hilfe der Union ***werden unter möglichst weitgehender Anwendung spezifischer, messbarer Indikatoren für ihre Rolle bei der Erreichung der Ziele der Instrumente*** bewertet.

Geänderter Text

(2) Der Zweijahresbericht enthält Informationen über die im Vorjahr finanzierten Maßnahmen, die Ergebnisse von Monitoring und Evaluierung, die Beteiligung der maßgeblichen Partner und die Ausführung der Mittelbindungen und Mittel für Zahlungen. ***In dem Bericht werden mit Blick auf die Verwirklichung der Ziele jedes Instruments die Komplementarität und die Synergien zwischen den aus der Rubrik 4 des EU-Haushalts finanzierten Instrumenten sowie die Ergebnisse der*** finanziellen Hilfe der Union ***auf der Grundlage vorher festgelegter, klarer, transparenter und messbarer Indikatoren*** bewertet.

Or. en

Änderungsantrag 22

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 14 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 14a

Einbindung der Zivilgesellschaft

Die Kommission und insbesondere die Delegationen der Union in den Empfängerländern berücksichtigen soweit möglich und zweckmäßig in einer transparenten und überprüfbaren Weise die Standpunkte der Organisationen der Zivilgesellschaft beim Durchführungsprozess und sorgen dafür, dass angemessene Schritte unternommen werden, um die Kapazitäten der Organisationen der Zivilgesellschaft auszubauen, damit sie eine sinnvolle Rolle in diesem Prozess spielen können.

Or. en

Änderungsantrag 23

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 16 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Im Hinblick auf einen Beschluss über die Verlängerung, Änderung oder Aussetzung der im Rahmen der Instrumente durchgeführten Maßnahmen erstellt die Kommission mithilfe von Ergebnis- und Wirkungsindikatoren, mit denen die Effizienz der Ressourcennutzung und der **europäische** Mehrwert der Instrumente gemessen wird, spätestens zum **31. Dezember 2017** einen Bericht über die **Verwirklichung der Ziele** jedes Instruments. Darüber hinaus behandelt der Bericht Vereinfachungsmöglichkeiten, die interne und externe Kohärenz, die

(1) Im Hinblick auf einen Beschluss über die Verlängerung, Änderung oder Aussetzung der im Rahmen der Instrumente durchgeführten Maßnahmen erstellt die Kommission mithilfe von Ergebnis- und Wirkungsindikatoren, mit denen die Effizienz der Ressourcennutzung und der Mehrwert der Instrumente gemessen wird, spätestens zum **31. März 2017** einen Bericht über die **Durchführung** jedes Instruments **und dieser Verordnung in den ersten drei Jahren und über die Verwirklichung der Ziele**. Darüber hinaus behandelt der Bericht

Aktualität aller Ziele sowie den Beitrag der Maßnahmen zu den Prioritäten der Union für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Er trägt Feststellungen und Schlussfolgerungen zu den langfristigen Wirkungen der Instrumente Rechnung.

Vereinfachungsmöglichkeiten, die interne und externe Kohärenz, die Aktualität aller Ziele sowie **gegebenenfalls** den Beitrag der Maßnahmen zu den Prioritäten der Union für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Er trägt Feststellungen und Schlussfolgerungen zu den langfristigen Wirkungen der Instrumente Rechnung.

Or. en

Änderungsantrag 24

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Sie gilt **ab** 1. Januar 2014.

Geänderter Text

Sie gilt **vom** 1. Januar 2014 **bis zum**
31. Dezember 2020.

Or. en

BEGRÜNDUNG

Das Europäische Parlament fordert als entschiedener Befürworter einer ehrgeizigen, umfassenden und schlüssigen Außenpolitik der Union kohärente Instrumente zur Finanzierung des auswärtigen Handelns der EU. Diese sollten die weltweite Förderung der Ziele und Werte der Union, die sich auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte stützen, gewährleisten, damit Frieden, Sicherheit, Stabilität und wirtschaftlicher Wohlstand geschaffen werden. Die von der Kommission für den Zeitraum 2014-2020 vorgeschlagenen geografischen und thematischen Finanzierungsinstrumente sind wesentliche Instrumente für die Umsetzung dieses Konzeptes.

Das Europäische Parlament handelt im Geiste der Verantwortung, die auf dem Grundsatz der Rechenschaftspflicht der Union gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern in Bezug auf die Mittelzuweisung und die Wahl der Ziele und Strategien basiert. Der neue Rahmen für das auswärtige Handeln sollte nicht nur effizient und effektiv in Bezug auf die eingesetzten Mittel, sondern auch demokratisch legitimiert sein. Es ist daher von wesentlicher Bedeutung, dass der künftigen Generation der Finanzierungsinstrumente im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen angemessene Mittel zugewiesen werden und dass sie so konzipiert werden, dass in ihnen die politischen Bestrebungen und Prioritäten im Hinblick auf die Besonderheit jedes Instruments und die im Zusammenhang stehenden Maßnahmen zum Tragen kommen.

Unter Nutzung seiner ihm gemäß dem Vertrag von Lissabon zukommenden Vorrechte und Befugnisse wünscht das Europäische Parlament als Mitgesetzgeber für diese Instrumente und als Haushaltsbehörde, dass diese Instrumente

- vor Ort eine klare Wirkung entfalten und sichtbare Ergebnisse erbringen, damit die auf politischer Ebene vereinbarten klaren Ziele erreicht werden;
- in transparenter und integrativer Weise vorbereitet, umgesetzt, überwacht und bewertet werden, wobei die Partnerländer auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene sowie die Zivilgesellschaft soweit möglich und zweckmäßig eingebunden werden sollten;
- auf einer Logik der Koordinierung und der Synergien zwischen ihnen und mit anderen politischen Linien der EU für ihr auswärtiges Handeln sowie mit Programmen der EU-Mitgliedstaaten und internationaler Geber basieren, die sich vor dem Hintergrund gemeinsamer politischer Zielsetzungen denselben thematischen oder geografischen Gebieten widmen, so dass Überlappungen und die Verschwendung von Ressourcen und Anstrengungen vermieden werden und vielmehr die positive Wirkung der Programme der Union verstärkt wird;
- Mechanismen bieten, die eine rasche Reaktion auf unvorhergesehene Entwicklungen ermöglichen wie politische Übergangsprozesse in Drittstaaten oder neue globale Herausforderungen, die angemessene und rechtzeitige Antworten der EU erfordern, und gleichzeitig ein angemessenes Maß an Vorhersehbarkeit für die Partnerländer gewährleisten.

Dieses Gesamtkonzept hat Eingang in die in den Berichtsentwürfen vorgeschlagenen Änderungsanträge gefunden. In den Berichten wird insbesondere vorgeschlagen, dass die beiden Mitgesetzgeber, das Europäische Parlament und der Rat, ihre Befugnisse zur Ausarbeitung aller strategischen Programmierungsdokumente, in denen die Ziele, die

Prioritäten, die erwarteten Ergebnisse und die Mittelzuweisungen allgemein festgelegt werden, und zur Annahme dieser Dokumente als delegierte Rechtsakte auf die Kommission zu übertragen, um für Flexibilität zu sorgen und gleichzeitig die demokratische Legitimität und Transparenz durch die gleichberechtigte Einbindung beider Mitgesetzgeber auf dieser strategischen Ebene zu gewährleisten.

Diese Instrumente sollten sieben Jahre in Kraft bleiben, weshalb die demokratische Kontrolle über ihre Durchführung noch wichtiger ist. Als Mitgesetzgeber hat das Europäische Parlament die Pflicht sicherzustellen, dass diese Instrumente im Einklang mit dem Geiste des Basisrechtsakts durchgeführt werden. Dies bedeutet nicht, dass es in das Mikromanagement eingebunden ist, da das Parlament Vertrauen in die Professionalität und den Sachverstand der Kommission und des Europäischen Auswärtigen Dienstes hat. Um jedoch eines der Hauptziele des Vertrags von Lissabon zu erzielen, welches darin besteht, das demokratische Defizit der EU zu überwinden, stellen delegierte Rechtsakte eine absolute Notwendigkeit dar.